

Der Textil-Arbeiter

Verzinkt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telefon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)

Hauptkassierer: Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzeile. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Edwin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telefon: Nr. 4102.

Nr. 30. Auflage 90 000 Chemnitz, Freitag den 3. August 1906. Auflage 90 000 18. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen Unternehmern und Webern und Weberinnen in Wierzen (F. S. Güters), in Rhegdt, in Colmar (Gensburger), in Bramsche, in Dänneweg bei Hilgen (Wolt & Hinrichs), in Rottbus, Sommerfeld, Nocht, Guben, Weiskau, Peitz, Spremberg, Sorau, Finsterwalde, Seifersdorf, Jittau, Lambrecht, Spinnereiarbeiterinnen in Obersbach in Sachsen (Hermann Wänches Erben), Wollentierern in Elberfeld-Barmen, Offenbach a. W., Jutespinnern und Webern in Wolda, Budapest, Färberarbeitern in Berlin (Altehoff), Elberfeld, Rhegdt, Webern, Spinnern, Spulereierern in Abtheile (Areyenberg u. Schem) Waltersdorf b. Großschönau (Lange), Tuchpressern in Wachen, Baumwollspinnern, Baumwollwebern und Weberinnen in Wierzen (Baumwollspinnerei und Weberei), in Augsburg (Nichtelbach), Tuchwebern in Schwab bei Erbing, Flachspinnern in Sudau, Bezirk Wiegand, Appreturarbeitern in Wachen, Webern und Spinnern in Blainach, Hindelang und Oberstdorf, Sonthofen (Wahmann), Textilarbeitern aller Art in Garmisch, im Riesental (insbesondere Weberei und Spinnerei in Maulburg und Stenzen), in Lambrecht, in Göppingen, Sellern und Neppelshagen in Bockstedt bei Hamburg (Sanitätsische Baumwollweberei), Textilarbeitern aller Art in Elmshorn, St. Ingbert (Mechanische Weberei, Bleicherei und Färberei, G. m. b. H.), Färbern in Warendorf, Handstickern in Götting, Bandwirtern in Mansdorf (Krommer), Webstoffwebern in Garmen (Dahl & Hinrichs), Seidenwebern in Hülchingen (C. Uebe), Leppichwebern in Stralau-Münchelsberg (W. Proye & Sohn), Druckern in Frankenberg (Barmann).

Was kann der Staat und was kann er nicht?

Der Staat soll eine Einrichtung sein, der es möglich ist, alles zu tun und zu unterlassen, alles zu fördern und zu verhindern, was im Interesse oder gegen das Interesse der Staatsbürger ist. Denn als Generalwachmann soll er acht geben, daß niemand unrecht getan, daß niemand auf Kosten anderer bevorzugt, daß aber auch niemand zu Gunsten anderer benachteiligt werde.

Was tut aber der Staat oder was kann er tun? Ist er im Stande, seine Aufgaben zu erfüllen?

Bei der riesigen Summe, die uns die Verwaltung des Staates kostet, sollte man dem Staat eine gewisse Allmacht zu vertrauen dürfen. Er zeigt aber dagegen in gewissen Dingen eine wahrhaft ohnmächtige Hilflosigkeit, daß man viel richtiger von Staatsohnmacht als von Staatsmacht sprechen kann.

Der Staat soll aber auch sich selber als Institution vor Schäden bewahren. Selbst das kann er nicht.

Vor einiger Zeit brachte die „Neue Gesellschaft“ eine Betrachtung über den machtlosen Staat, die die Hilflosigkeit desselben durchaus treffend kennzeichnete. Es hieß darin:

Vor einigen Tagen ging die Nachricht in die Welt hinaus, daß einige Unternehmer — die Herren der Metallindustrie — sich mit dem Gedanken trügen, ihre Arbeiter, dreimalhunderttausend an der Zahl, auf unbestimmte Zeit aus ihren Betrieben auszusperrern. Ihr Mundstück, die „Nationalzeitung“, rechnete aus, daß damit anderthalb Millionen Menschen außer Brot kommen würden (die Arbeiter mit ihren Familien), d. h. von vierzig deutschen Reichsangehörigen je einer. Da aber diese Aussperrung auch andere Industrien in Mitleidenenschaft gezogen hätte, kann man die Zahl der Betroffenen auf zwei Millionen oder auf den dreißigsten Teil der deutschen Gesamtbevölkerung veranschlagen. Bedenkt man überdies, daß sich die Beteiligung nicht gleichmäßig auf das ganze Land verteilt, vielmehr das höchste Land aus der Berechnung auszuschalten ist, so gelangt man für einzelne Staaten, Provinzen und Städte zu noch viel höheren Beteiligungsziffern. In Berlin würde z. B. jeder sechste bis siebente Mensch von der Aussperrung direkt betroffen werden.

Die Durchführung eines solchen Planes würde selbstverständlich für den Staat eine enorme Schädigung seiner Interessen bedeuten. Er müßte mit verminderten Einnahmen rechnen, während er zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung — das ist ja die Hauptsache — vermehrte Aufwendungen machen müßte. Sein ganzer angeleglicher Zweck, der Wohlfahrt aller zu dienen, würde vereitelt und eine politische Stimmung geschaffen, die ihm höchst unangenehm, ja sogar gefährlich wäre — denn hätte er kein Mittel, sich wider solchen Unkraut zu verteidigen. Er kann nicht gehandelt werden, wenn ein ausgebreiteter Arbeiter eine Benachteiligung einschätzt, er ist hilflos, wenn tollgewordene Kapitalbesitzer in der heutigen Volkswirtschaft um sich schlagen, die arbeitenden Klassen in Vorjahren und ungeliebte Werte zerstören. Wäre ein Mensch reich und verächtlich genug zu solchem Unternehmern, so könnte er den Grund und Boden von ganz Deutschland kaufen, alle Säulen niederreißen und den tagelöhnerischen Unkraut selbst aufpflanzen lassen. Kein Gesetz hinderte ihn daran, keine der jetzt noch herrschenden Auffassungen würde ihm das Recht dazu bestreiten.

Die wirtschaftliche Entwicklung zum Riesenkapitalismus schafft unbegrenzte Möglichkeiten, in denen der tollste Spuk der Phantasie feste Gestalt anzunehmen beginnt. Der Beschluß, jeden vierzigsten Deutschen außer Brot zu setzen, kann jetzt schon von fast soviel Leuten gefaßt werden, als in einem mittelgroßen Saal Platz finden. Der Staat hat aber nichts anderes zu tun, als zu protokollieren und seine Maßnahmen zu treffen, die den Urhebern jenes Beschlusses die Sicherheit ihres Lebens und ihres Eigentums garantieren. So steht vor dem Kapitalismus jene Staatsgewalt aus, die sich noch zum Mummenschanz mit den höchsten Symbolen des Mittelalters schmückt, und sich im Kampfe wider die sozialistische Revolution prahlerisch an die doppelt wattierte Brust schlägt.

Wäre es wirklich eine so große Schande, das vollstreckende Organ des Volkswillens zu sein, und ist es wirklich eine so hohe Ehre, mit Spieß und Lanze bewaffnet, die Fabrikhöfe der Kapitalisten bewachen zu dürfen? Bisher hat die Tätigkeit, die die preußische Staatsgewalt im Riesenkampfe der Metallindustrie entwickelt hat, bloß darin bestanden, daß sie einem Arbeiter in Breslau polizeilich die Hand abschlagen ließ und ihre Staatsanwaltschaft anwies, einige Arbeiter anzuklagen, die andere an freiwilliger Arbeit gehindert haben sollen. Das kann der Staat, aber ist das wirklich genug?

Wir fügen hinzu: „Denjenigen staatsbürgerlichen Schichten, die den Staat zu einem Werkzeug für sich selbst gemacht haben, genügt das. Und diese Schichten haben wir in der Kapitalmacht zu erblicken, die einen Staat im Staate bildet, eine Macht, die über die des Staates längst hinausgewachsen ist.“

Im Bewußtsein ihrer riesigen Machtfülle sehen die Kapitalmagnaten gar verächtlich auf die Minister und Staatsmänner herab, ungefähr so wie ein schneidiger Gardeleutnant auf einen armen Hausierjuden. Der Staat ist den Herren Kapitalgewaltigen, wie gesagt, weiter nichts als ein bewaffneter Kommiss zum Schutze ihrer materiellen Interessen, und so machen sie sich auch selbstwegen nicht viel Sorgen.

Da mit dem Einsetzen der Manchester-Wera Gewerbefreiheit und Freizügigkeit garantiert werden müßten, kam man auch nicht herum, den Arbeitern gesetzlich das bedingte Koalitionsrecht zu sanktionieren. Die Art und Weise, wie dasselbe bei seiner Einführung, besonders in Preußen, von den Vertretern der Regierung anerkannt wurde, war höchst vernünftig. Die Regierung anerkannte damals die unbedingte Notwendigkeit des Koalitionsrechtes für die Arbeiter, da sie sonst dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade überliefert wären. Dagegen hatte man sich die letzte Rede des Ministers Delbrück im preußischen Herrenhause vor Augen. Es genügt, wenn wir nur folgende Sätze aus derselben wiedergeben:

„Ich schide voraus, daß ich es nur mit Freuden begrüßen kann, wenn die Arbeiter sich auf einer Grundlage zusammenschließen, die sich deckt mit der der Löhngestreu und der staats-erhaltenden Parteien, und ich würde eine derartige Organisation der Arbeiter mit Freuden begrüßen, wenn sie in der Lage wäre, ihre Ziele auf einer Grundlage zu verfolgen, die sich mit dem Charakter einer kräftigen und lühngestreu Partei verträglich. Ich muß aber betonen, daß die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Kaiserthum, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das Vaterland, mit dem sie die Versammlungen schließen.“

Dem Herrn Minister, der sich in richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse als Schwächster der Kapitalmacht zu fühlen scheint, gehen schon die christlichen Gewerkschaften in der Wahrnehmung ihrer den Kapitalmagnaten nicht genehmen Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Recht zu weit, obwohl sie sich bekanntermassen oft genug als Schutztruppen des Ausbeutens und Pfaffeniums gegen die freien Gewerkschaften gebrauchen lassen. Wie mag der Herr Minister erst über die freien Gewerkschaften denken? — Die Kapitalisten sind aber nicht etwa schwächer geworden, sobald sie des Staatschutzes gegen die Gewerkschaften bedürften, Nein, im Gegenteil mächtiger sind sie geworden, ja man kann sagen, allmächtig, und die Staatsmänner stehen ganz unter ihrem diktatorischen Einflusse. Wie Ludwig XIV. von Frankreich ausrufen konnte: „Der Staat bin ich“ so rufen heute die Kapitalisten aus: „Der Staat sind wir!“ Die anderen, namentlich die Arbeiter, sind nur dazu da, den Staat durch ihre Steuern erhalten zu helfen. Ihnen genügt deshalb die Tätigkeit des Staates nicht. Daher sind sie zum großen Teile Gegner dieses Staates und werden es bleiben, bis sein Wesen ein geraderes geworden sein wird. Und das wird erst dann zu erwarten sein, wenn die Zentralisation der Produktionsmittel und die Veredelung der Arbeit erreicht, d. h. der kapitalistische Staat in einen gesellschaftlichen verwandelt sein wird, in dem der Staat nicht nur Verwaltungsausschuss einer Klasse, sondern in gleichem Maße aller Staatsbürger sein wird.

Von der Organisation der Unternehmer.

Einen Einblick in das Wesen der privaten Unternehmerorganisationen — die öffentlich-rechtlichen Organisationen, wie Handelskammern, Berufsgenossenschaften, Innungen, Handwerkskammern usw. sind hier nicht mit in Betracht gezogen — verschafft uns das Schriftchen von Dr. Eugen Müller in Magdeburg „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ (Preis 30 Pf., Verlag: Gewerkschaftsartell Magdeburg). Es zählt auch alle wichtigen Unternehmerorganisationen auf, Müller teilt die Unternehmerverbände in vier Gruppen: Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen, Unternehmerverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen, Unternehmerverbände, die verschiedene Berufe umfassen, aber ihre Tätigkeit auf einen Ort oder einen Bezirk beschränken, Unternehmerverbände lokaler Art, die sich auf einen Beruf beschränken.

I. Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen.

In erster Linie wird hier der Zentralverband Deutscher Industrieller erwähnt, eine Schachtmacherorganisation par excellence. Sie wird gekennzeichnet durch die Namen Bued und Stumm. Der letztere war seinerzeit das einflussreichste Mitglied des Verbandes und rühmte sich, bei Spaliergängen im Berliner Tiergarten seinen kaiserlichen Herrn „schwarz gemacht“ zu haben. Stumm ist das nicht vergessene Mitglied, die Bezeichnung „Schachtmacher“, die heute einen festen Bestandteil des politischen Vortages des Volkes bildet, zeugt davon. Bued ist der treue Hüter Stummischer Weberklosterungen, und im Geiste seines Herrn und Meisters glaubte er zu wirken, als er während und nach der Grimmschauer Weberaussperrung die deutschen Arbeitgeber in einer großen Organisation zu vereinigen suchte. Der Zentralverband Deutscher Industrieller ist am 15. Februar 1876 gegründet worden. Das Streben nach hohen Zöllen war die Veranlassung zur Gründung, von Kardorff hob ihn aus der Taufe, Stumm und Bued prägten seiner ferneren Wirksamkeit ihres Geistes Stempel auf, und die Zuchthausvorlage war zum guten Teil ebenso sein Werk wie die hohen Industriezölle im jetzigen deutschen Zolltarif. Der Verband zählt 553 Mitglieder, darunter 52 industrielle Vereine, 24 Handelskammern, 7 Berufsgenossenschaften und 460 Einzelmitglieder. Der Zentralverband vereinigt in sich Angehörige aller Berufe, wird aber beherrscht von der Schwerindustrie, den Eisen- und Kohlenbütigen Rheinland-Westfalens und Sachsens. Auch die namhaftesten Textilindustriellen sind dem Verbands angegeschlossen, der eine Vertretung der Großindustrie sein will. Handwerker sind von der Mitgliedschaft statutenmäßig ausgeschlossen, der geringste Jahresbeitrag beträgt 30 Mark.

Eine dem Zentralverband ähnliche Organisation ist der Bund der Industriellen, der 1895 gegründet worden ist. Er umfaßt besonders mittlere und kleine Betriebe, die vorwiegend der Verarbeitungsindustrie angehören, und trennt sich in einen schachtmacherischen Flügel, der von den Berliner Metallindustriellen geführt wird, und in einen unter dem Einflusse des Herrn Weigert stehenden Flügel, der für die Bedeutung der Arbeiterorganisation ein gewisses Verständnis besitzt und Tarifverträgen und paritätischen Arbeitsnachweisen nicht prinzipiell ablehnend gegenübersteht. Der schachtmacherische Teil des Bundes ist aber der an Zahl und Einfluss stärkere. Auf den Bund der Industriellen stützte sich die von Herrn Weigert ins Leben gerufene Streikverhütungsgesellschaft „Industria“, deren Lebensdauer aber noch nicht einmal ein Jahr währte. Als ihre Auflösung beschlossen wurde, begrub man mit ihr manche Hoffnungen, die jetzt, mit der Schaffung zentralisierter Arbeitgeberverbände, wieder auflebt sind.

Als dritte einflussreiche Zentralorganisation der Unternehmer, die Berufe aller Art umfaßt, wäre der Verband schachtmacher Industrieller anzuführen. Er trägt ungeachtet desselben Charakter wie der Zentralverband deutscher Industrieller, beschränkt aber seinen Wirkungsbereich auf Sachsen. Nach dem letzten Geschäftsbericht des Verbandes beschäftigen seine Mitglieder 250 000 Arbeiter in 1050 Betrieben.

Wie Sachsen, so hat auch Bayern eine zentralisierte Unternehmerorganisation aufzuweisen: den bayerischen Industriellenverband. In ihm dominieren Metallindustrielle, Textilwarenfabrikanten und Brauereibetriebe. Seine 600 Mitglieder beschäftigen 100 000 Arbeiter. Damit wären die bedeutendsten gemischten Unternehmer-Zentralverbände aufgezählt. Wir kommen zur nächsten Kategorie:

II. Unternehmer-Zentralverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen.

Aus der großen Fülle dieser Verbände erwähnen wir die folgenden: Gesamtverband deutscher Metall-Industrieller, mit dem Sitz in Berlin. Der Verband faßt die in der Metallindustrie bestehenden Einzelvereine aufammen und

